

Herr Zielinski begründet den Antrag. Schon mehrfach sei versucht worden, zu den Themen Ortsentwicklung und Wirtschaftsförderung eine Art „Generalplan“ zu entwickeln. Seitens der SPD-Fraktion und auch von anderen Fraktionen habe es Vorstöße gegeben, die noch nicht einmal ansatzweise umgesetzt wurden. Er verweist auf eine sehr breite Diskussion in der Bevölkerung zur Umgestaltung am Bahnhof. Auch in Portalen wie Facebook entwickle sich eine derartige Diskussion. Es gelte, sich auf der politischen Ebene zusammzusetzen, um beide Aspekte zusammenzubringen. Man wolle den gestellten Antrag umformulieren. So solle beschlossen werden, einen Termin mit Beteiligung von Vertretern aller Fraktionen festzulegen. Dort solle festgelegt werden, in welcher Form organisatorisch und personell das beantragte Gremium zu strukturieren sei.

Der Bürgermeister erinnert an die zur Zeit laufenden Projekte und bezieht sich auf die Beratung im KSTM. Insbesondere sei das Thema „Leitbild“ von besonderer Bedeutung. Man müsse allerdings darauf achten, dass man nicht zu viele Baustellen aufmache. Ergänzend verweist er auf die personelle Situation bei der Gemeindeverwaltung. Es könne nicht sein, dass sich die Verwaltung überall einbringe.

Herr Neulen skizziert den aktuellen Beratungsstand im KSTM. So solle das Marketingkonzept in Modulen abgearbeitet werden. Das Modul 4 sehe die Arbeit in Arbeitsgruppen vor. Diese seien auch offen für Bürger. Es stelle sich daher die Frage, ob dann noch der gewünschte Beirat erforderlich sei.

Herrn Zielinski stört das Vorhandensein der vielen Baustellen. Ihm fehle die generelle Ausrichtung und ein langfristiges Konzept, das beide Aspekte gleichermaßen einbringe. Denkbar sei eine politische Gruppierung, die den „Overview“ habe. Die erarbeiteten Zielsetzungen seien dann in den genannten Arbeitsgruppen umzusetzen.

Für Herrn Gräf ist eine klare Zieldefinition nötig. Sei die politische Ebene gewünscht, verstehe er den SPD-Antrag so, ein interfraktionelles Gremium zu installieren. Wenn auch nicht klar sei, ob dort die sachkundigen Personen säßen, biete sich hierfür z.B. der Ältestenrat an. Probleme habe er auch damit, Ortsentwicklung und Wirtschaftsförderung zusammenzufassen. Die Zuständigkeit der Ausschüsse müsse unbedingt erhalten bleiben. Interfraktionell könne es daher auch nur um einen Gedankenaustausch bzw. eine Richtungsfestlegung gehen. Auch müsse die Bürgerbeteiligung erhalten bleiben. Die Schaffung eines Gremiums, in dem dann nichts passiere, mache keinen Sinn.

Herr Liene regt an, Maßnahmen wie das Unternehmerfrühstück weiter zu professionalisieren. Es sei zu überlegen, eine Kommunikationsplattform zu bilden zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Ein Beirat entwickle Ideen, die Politik entscheide.

Herr Zielinski stellt klar, dass er nicht am Begriff „Beirat“ festhalte. Dies sei mehr ein „Arbeitstitel“.

Der Bürgermeister fasst den Zwischenstand der Diskussion zusammen. Die Zielrichtung sei ihm auch noch nicht ganz klar. Er habe es *nicht* so verstanden, dass die gewünschte Bürgerbeteiligung in dem angedachten Gremium gewünscht sei. Vielmehr solle das Gremium eher den politischen Overview über die genannten Themenkreise Sinne haben. Ein Nebenausschuss sei seiner Meinung nach aber auch nicht gewollt, da die politische Arbeit in den Ausschüssen erfolge. Es biete sich an, dass die SPD als Antragstellerin auf die Fraktionen zugehe, um die Terminabstimmung zu einem Erörterungsgespräch herbeizuführen. Es gehe um die Festlegung der Zielsetzung und darum, wie operationalisiert dies von statten gehen solle.

Herr Zielinski legt Wert auf einen Beschluss. Es sollte nicht so aussehen, als wenn die SPD das Gremium nur auf ihre Fahnen schreibe. Es gehe um Anregungen für die Schaffung dieses „Bindegliedes“. Die Ideen der Fraktionen sollen zusammengetragen werden, um daraus eine beschlussfähige Vorlage erstellen zu können.

Herr Sonntag fehlt etwas der rote Faden. Wolle man Kompetenz einbinden, sollte man schon bestimmte Vorstellungen haben, wie dies aussehe. Er verweist auf bereits bestehende Kompetenzen und nennt als Beispiel den Rat und die Ausschüsse, in denen ja auch „sachkundige“ Bürger vertreten seien. Weiter nennt er die Unternehmertreffen, den Arbeitskreis Energy Award, den Tourismusverein oder den Aktivkreis.

Herr Dr. Peeters erklärt, dass ein Gremium im gewünschten Sinne schon Gewicht habe, da die Fraktionen beteiligt werden sollen. Am Beispiel großer Projekte (überörtlich: Stuttgart 21, örtlich: Diskussion Fachmarktzentrum etc.) verweist er auf die Notwendigkeit einer nachdrücklichen Information der Öffentlichkeit. Es gehe darum, die Bürger von Anfang an „mitzunehmen“. Dass diesbezüglich Defizite bestehen, erkenne man bei den Stellungnahmen in den sozialen Netzwerken. So würden unter Facebook mitunter merkwürdige Meinungen über Eitorf und die Politik geäußert. Er selber sehe sich genötigt, dies richtig zu stellen und die Kritiker auf sachliche Informationen im Ratsinformationssystem zu verweisen. Für ein zu bildendes Gremium bestehe die Chance, hier frühzeitig steuernd einzugreifen.

Herr Scholz sieht einen Widerspruch zwischen den Aussagen der Herren Zielinski und Dr. Peeters. Herr Zielinski wolle Fachkompetenz im Gremium, Herr Dr. Peeters wünsche Bürgerbeteiligung. In der Tat sei der rote Faden nicht recht zu erkennen.

Auf seine Anmerkung, dass auch die Verwaltung gefordert sei, verweist der Bürgermeister unter Hinweis auf nähere Einzelheiten erneut auf die vielfältige Einbindung der Verwaltung auf mehreren Ebenen und die knappen personellen Ressourcen.

Herr Dr. Peeters bekräftigt, dass es nicht darum gehe, eine Plattform für jedermann zu bilden, sondern gezielt Kompetenz in das Gremium einzubinden.

Herr Gräf ist die Richtung noch zu unstrukturiert. Es stelle sich die Frage, ob es um die Politik oder die Fachleute gehe. Interfraktionell müsse man sich über die „Big Points“ verständigen. Auch der Ältestenrat sei durchaus ein geeignetes Gremium, das nach Bedarf Kompetenz hinzuziehen könne.

Zum Ende der Aussprache fragt der Bürgermeister, wie nun weiter vorgegangen werden soll.

Herr Dr. Peeters sieht nach der Diskussion weiteren Gesprächsbedarf. Er schlägt vor, das Thema im nächsten Hauptausschuss erneut zu beraten. Bis dahin werde die SPD mit den anderen Fraktionen weitere Gespräche führen, um letztendlich einen Beschluss herbeiführen zu können.

Es besteht Einvernehmen. Ein formeller Beschluss wird nicht gefasst.